

## Nationalistische Wahlen

Das Thema niederländische Identität dominiert den Wahlkampf. Seite 2



## Großartiges Debüt

1977 in Kasan geboren, gelang Gusel Jachina ein großer Roman. Seite 15

Foto: imago/ITAR-TASS

## Intelligente Technik

Bahnhofskameras sollen in Berlin Gesichter erkennen. Seite 11

Foto: 123rf/artoleshko

# neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Dienstag, 21. Februar 2017

72. Jahrgang/Nr. 44

Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

## STANDPUNKT

### Links reden, unsozial handeln

Aert van Riel über Forderungen des SPD-Spitzenmanns Martin Schulz

Der künftige SPD-Chef Martin Schulz steht vor dem gleichen Problem wie seine Vorgänger Sigmar Gabriel und Kurt Beck. Wenn ein neuer Vorsitzender die Partei übernimmt, muss er sich mit ihrem schweren Erbe, der Agenda 2010, auseinandersetzen. Schulz hat ebenso wie Gabriel und Beck die neoliberalen Reformen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit grundsätzlich begrüßt. Andererseits sollen die einstigen Unterstützer zurückgewonnen werden, welche die Partei aus guten Gründen verlassen haben. Hartz IV und der Ausbau prekärer Beschäftigungsverhältnisse haben nämlich viele Menschen arm gemacht. Diese Widersprüche haben dazu geführt, dass die Sozialpolitik der SPD in den vergangenen Jahren Stückwerk geblieben ist. Ein Beispiel hierfür ist der Mindestlohn, der nicht einmal ein existenzsicheres Einkommen garantiert.

Schulz will diese Politik fortsetzen. Dass er nun Korrekturen an der Agenda 2010 verspricht und sich als Vorkämpfer für Arbeiterrechte präsentiert, ist mit Skepsis zu beobachten. Noch vor wenigen Monaten hatte sich Schulz gemeinsam mit weiteren Spitzengeossen und dem DGB-Vorsitzenden Reiner Hoffmann dafür eingesetzt, dass die SPD sich mehrheitlich hinter CETA stellt, obwohl das europäisch-kanadische Abkommen Rechte von Beschäftigten bedroht. Einen Glaubwürdigkeitstest kann der designierte SPD-Kanzlerkandidat in der Sozialpolitik nicht bestehen. Auch das hat er mit seinen Vorgängern gemeinsam.

## UNTEN LINKS

Ach, wäre Markus Söder bei seiner **Karriereplanung** doch genauso kreativ wie bei der Wahl seines Fastnachtsauftrittes. Dann hätte es vermutlich mit seinem Einzug in die Münchner Staatskanzlei schon längst geklappt. Aber so gekonnt der Finanz- und Heimatminister schon die Franken mit seinen Darstellungen von Gandhi, Stoiber, Shrek, einem Punk, der Monroe und am Wochenende von Homer Simpson entzückte – seine eigentliche Lieblingsrolle als bayerischer Ministerpräsident scheint gerade wieder in weite Ferne zu rücken. Horst Seehofer hat pünktlich zum Beginn der tollen Tage angedeutet, womöglich 2018 doch nicht in seinen Keller zur geliebten Modelleisenbahn abzutauchen – und sowohl als Landesvater als auch als CSU-Chef einfach weiterzumachen. Und Söder steht zwar gut geschminkt, aber ziemlich naekig da. Dass Seehofer an seinem Kronprinzen einen Narren gefressen hat, wird wohl kaum jemand behaupten. Wohl eher, dass er ihn liebend gern zum Narren hält. oer

## Bis in alle Ewigkeit

Der deutsche Handel gibt weniger Plastiktüten aus – aber immer noch zu viele



Foto: Okapia/Pierre Huguet

Berlin. Vielen Deutschen kommt der Einkauf inzwischen nicht mehr in die Tüte. Das ist nicht nur das Verdienst von Umweltschützern, sondern auch einer freiwilligen Selbstverpflichtung vieler großer Einzelhändler geschuldet, die damit einer gesetzlichen Regelung zuvorzukommen wollten. Einige Läden verbannten Einmal-Tüten von den Kassen, andere geben sie nur noch gegen ein kleines Entgelt ab. Manche ersetzen Plastik durch Papier- oder sogenannte Bio-Plastiktüten. Diese sind aber laut den Umweltverbänden in der Herstellung nicht nachhaltiger als solche aus Kunststoff. Zuletzt gab der Discounter Penny bekannt, dass Kunden einen Rabatt von zehn Cent erhalten, wenn sie eine spezielle wiederverwendbare Permanenttragetasche dabei haben. Medienwirksam verkündete die Discountermarke der Rewe-Gruppe, dass sie den Betrag an gemeinnützige Institutionen spenden werde.

Nach Angaben des Handelsverbandes HDE beteiligen sich derzeit 350 Unternehmen an der Selbstverpflichtung, die rund 41 Prozent des Einzelhandels abdecken. Ziel seien allerdings 80 Prozent. Meeresbiologin und Greenpeace-Expertin Sandra Schöttner geht das aber längst nicht weit genug: Sie hofft auf ein komplettes Verbot von Plastiktüten, weil diese nie wieder

vollständig aus der Umwelt verschwinden. Stattdessen werden sie in immer kleinere Teile zerrieben, die sich in Luft, Wasser und Boden wiederfinden und anschließend in die Nahrungskette gelangen.

Besonders die dünnwandigen Plastiktüten, die man in der Obst- und Gemüseabteilung findet, seien ein großes Problem, so Schöttner. Sie reißen leicht und werden wegen ihres geringen Gewichts vom Wind über viele Kilometer getragen. Auf sie bezieht sich die Selbstverpflichtung des Handels nicht, die Unternehmen argumentieren mit der Hygiene. Doch es gibt Alternativen. *grg*

Interview Seite 3

## Die Entdeckung der Arbeiterklasse

Kanzlerkandidat Martin Schulz will die SPD vom Agenda-2010-Image befreien – zumindest ein wenig

Martin Schulz hat bisher ein gutes Gespür dafür, dem Wähler seine SPD wieder schmackhaft zu machen. Konkret wird es dabei aber nicht.

Von Markus Drescher

Die Agenda 2010 – der Geruch des arbeits- und sozialpolitischen Kahlschlagprogramms aus Schröder-Zeiten – hängt den Sozialdemokraten bis heute an wie der Gestank eines Hundehaufens, in den man getreten ist. Um den üblen Duft des Arbeiterverrats ein wenig loszuwerden, zumal soziale Gerechtigkeit in diesen Wahlkampfzeiten zumindest rhetorisch wieder en vogue ist, rückt der Umfragenkönig der SPD, Martin Schulz, etwas von der Agenda-Politik ab. »Auch wir haben Fehler gemacht«, erklärte Schulz am Montag auf einer SPD-Arbeitnehmerkonferenz in Bielefeld. Konkret geht es ihm um die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I, die

er verlängern möchte, wie er in Bielefeld und zuvor schon der »Bild«-Zeitung sagte. Wie das konkret aussehen soll, erklärte er nicht. Auch gegen »sachgrundlose Befristungen« von Arbeitsverhältnissen sprach sich Schulz aus.

Die Reaktionen auf Schulz' Einlassungen fielen je nach Herkunftsrichtung erwartbar aus: Union, FDP und Unternehmerverbände setzen zum Sturm auf an. »Diese SPD-Pläne sind grober Blödsinn, weil sie schädlich wären für die Beschäftigung in unserem Land«, sagte Unionsfraktionsvize Michael Fuchs der »Rheinischen Post«. »Das ist reiner Sozialpopulismus von Martin Schulz.« FDP-Chef Christian Lindner warf dem designierten SPD-Vorsitzenden vor, er marschiere »stramm nach links«. Mit der Agenda 2010 mache er »den größten Reformersfolg sozialdemokratischer Politik der letzten Jahrzehnte kaputt«. Die Bundesvereinigungen der Arbeitgeberverbände

warnte, Teile der Agenda 2010 wieder zurückzudrehen.

In der Linkspartei, deren heutige Form nicht zuletzt auch ein Resultat der SPD-Agendapolitik ist, wurden die Ausführungen des Kanzlerkandidaten vorwiegend

*Um den üblen Duft des Arbeiterverrats ein wenig loszuwerden, rückt Schulz etwas von der Agenda-Politik ab.*

vorsichtig-skeptisch aufgenommen. »Das Umschwenken vom Kanzlerkandidat Schulz zurück Richtung Sozialdemokratie ist zu begrüßen«, erklärte etwa Klaus Ernst, stellvertretender Vorsitzender der Bundestagslinksfraktion. Um anzuschließen: »Eine Abkehr von der katastrophalen Agenda-

## Hunderte Flüchtlinge erreichten Ceuta

Afrikanische Migranten überwand den Zaun zu europäischer Exklave

Ceuta. Hunderte afrikanische Flüchtlinge haben am Montag die spanischen Nordafrika-Exklave Ceuta erreicht. Etwa 700 Menschen hätten versucht, über den sechs Meter hohen doppelten Grenzzaun zu klettern, berichtete der Sender Telecinco. 350 von ihnen sei es gelungen, Europa zu erreichen, teilte das Rote Kreuz mit. Dabei hätten sich elf Migranten Verletzungen zugezogen, einige mussten mit Knochenbrüchen im Krankenhaus behandelt werden.

Die anderen jubelten, denn sie hoffen nun auf eine Chance, von Ceuta aus auf spanisches Festland zu gelangen. Sie wurden in das Erstaufnahmезentrum gebracht und dort von Helfern versorgt. Das Zentrum ist derzeit Medienberichten zufolge völlig überfüllt: Die normale Aufnahmekapazität, die bei 512 Plätzen liege, sei mit mehr als 1400 Personen fast um das Dreifache überschritten, hieß es. Seit Monaten wird Ceuta immer wieder berannt. Oft werden dabei auch Sicherheitskräfte verletzt. *dpa/nd*

## Pence sichert EU Zusammenarbeit zu

US-Vizepräsident als erster Vertreter der Trump-Regierung in Brüssel

Brüssel. US-Präsident Donald Trump sendet nach seinen irritierenden Äußerungen über die EU versöhnliche Signale aus. »Es ist mir eine Ehre, heute im Auftrag von Präsident Trump zu erklären, dass die Vereinigten Staaten sich der weiteren Zusammenarbeit und Partnerschaft mit der EU verpflichtet fühlen«, sagte Vizepräsident Mike Pence am Montag in Brüssel. Bei allen Differenzen teile man doch dasselbe Ziel. Dies sei die Förderung von Frieden und Wohlstand durch Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. EU-Ratspräsident Donald Tusk sagte nach seinem Gespräch mit Pence, nun könne er wieder leichter an eine positive Zukunft der Partnerschaft zwischen den USA und der EU glauben. EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker verwies darauf, dass die US-Wirtschaft »mehr als manche in den Vereinigten Staaten denken« vom Handel mit der EU abhängig sei.

Pence führte als erster Vertreter der neuen US-Regierung politische Gespräche mit EU-Vertretern in Brüssel. *dpa/nd*

## Lenín siegt sich in die zweite Runde

Kampf um die Präsidentschaft in Ecuador geht in die Stichwahl

Quito. Der linke Regierungskandidat Lenín Moreno hat die Präsidentschaftswahl in Ecuador deutlich gewonnen, muss aber wohl in eine Stichwahl. Der frühere Vizepräsident, der seit einem Raubüberfall im Rollstuhl sitzt, kam nach Auszählung fast aller Stimmen auf 39,1 Prozent, wie die nationale Wahlbehörde mitteilte. Moreno will den linken Kurs von Präsident Rafael Correa fortsetzen, der nach zehn Jahren an der Macht nicht mehr angetreten war. Auf Platz zwei lag mit 28,28 Prozent der konservative Politiker und Bankbesitzer Guillermo Lasso. Er will neben einem Politikwechsel auch das Asyl für Wikileaks-Gründer Julian Assange in der Botschaft in London beenden. Assange muss in dem Fall eine Auslieferung nach Schweden fürchten, wo ihm ein Sexualdelikt vorgeworfen wird, von dort könnte er auch in die USA ausgeliefert werden. Er verfolgte in der Botschaft den Wahlabend intensiv und veröffentlichte Dutzende Twitter-Mitteilungen mit den Zwischenständen. Bei einer Wahl Morenos kann er wohl im Asyl bleiben. *dpa/nd*

